

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Einleitung: Die immer wieder neue Diskussion über Demokratie und Rechtsstaat	1

Erster Teil: Demokratie

1. Ideelle Grundlagen der Demokratie	11
2. Warum die Demokratie politische Parteien braucht	43
3. Direkte Demokratie als Alternative oder als Ergänzung?	59
4. Bedingungen funktionierender Demokratie	85
5. Öffentlichkeit und öffentliche Meinung heute. Zur Volks- und Staatswillensbildung in der pluralistischen Demokratie	101
6. Die Krise der Medien und das Dilemma der Medienkritik. Wie können Zeitungen und Rundfunk ihre demokratische Funktion besser erfüllen?	179
7. „Gerechtigkeit“ gegen Funktionalität? Die Wahlrechtsordnung, die Wahlsysteme und der Streit um das beste Wahlrecht	199
8. Erfolgswertgleichheit – eine Fehlkonstruktion im deutschen Wahlrecht	221
9. Bürgernähe und Parteienkalkül. Berliner Verwaltungspolitik – vor und nach dem Wahlkampf	233

Zweiter Teil: Staatsziele und Grundrechte

10.	Daseinsvorsorge im Wandel der Staatsformen	257
11.	Steuerpflicht, Sozialstaat und Freiheit des Individuums	277
12.	Erworbenes, Ererbtes und Verdientes. Zum Eigentumsbegriff in Staatstheorie und Verfassungsrecht	299
13.	„Freiheit der Arbeit“ als Unterdrückung der Koalitionsfreiheit. Die loi Le Chapelier von 1791 und ihre Folgen	329
14.	Digitale Grundrechte für Europa. Eine rechtspolitische Initiative zur Einhegung des Internets: symbolische Politik oder effektive Rechtsetzung?	345
15.	Über die rechtliche Einbindung der Technik. Juristische Antworten auf Fragen der Technikentwicklung	365
16.	Freiheit und Sicherheit angesichts terroristischer Bedrohung. Bemerkungen zur rechtspolitischen Diskussion	413
17.	Die schwierige Diskussion zwischen Sicherheitsbehörden, Bürgerrechtler und Bundesverfassungsgericht	431
18.	Verfassungsschutz und/oder polizeilicher Staatsschutz? Warum wir ein Bundesinstitut für Verfassungsschutz brauchen	447
	Nachweise der Erstveröffentlichungen	459

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Einleitung: Die immer wieder neue Diskussion über Demokratie und Rechtsstaat	1

Erster Teil: Demokratie

1. Ideelle Grundlagen der Demokratie	11
I. Heilsversprechen und Allerweltsformel, Ausnahme und Normalfall	11
II. Kernelemente moderner Demokratie	16
III. Der Begriff des „Volkes“ in seinen verschiedenen Deutungen ..	17
1. Rousseau und die Folgen	17
2. Der juristische Volksbegriff	19
3. Volk als politisch-soziologischer Begriff	21
IV. Wie können Volksvertreter das Volk vertreten?	22
1. Die Idee der Repräsentation	22
2. Die Parteien als „das Volk“? Die Lehre vom „Parteienstaat“	27
3. Mittelbare und unmittelbare Demokratie	28
V. Die Unterscheidung von „Staat“ und „Gesellschaft“	31
1. Überordnung des Staates?	31
2. „Demokratisierung der Gesellschaft“?	33
VI. Die Notwendigkeit von „Verfassung“	35
1. Die Regeln zur Entscheidungsfindung	35
2. Die materielle Ordnung des Staat-Bürger-Verhältnisses	36
VII. Gewaltenteilung und Funktionenordnung	36

1. Die Ideengeschichte	36
2. Die drei „Staatsgewalten“ und ihre Verflechtungen	38
3. Dezentralisierung als Prinzip, Subsidiarität als Korrektiv ...	39
2. Warum die Demokratie politische Parteien braucht	43
I. Parteien in Verruf	43
II. Die Fehler und Versäumnisse der Parteien	44
1. Parteienkritik als Abbild gesellschaftlicher Spaltung	45
2. Die Stilkritik als gemeinsamer Nenner	46
a) Konzentration auf Versprechungen statt Handlungen	46
b) Der Niedergang der Streitkultur	46
c) Eigeninteresse oder Gemeinwohl?	47
d) Der Wettbewerb der Parteien	48
III. Aufgaben und Verantwortung der Parteien	49
1. Vermittlung zwischen Volk und Staat	49
2. Das Gegenbild der „identitären“ Demokratie	50
IV. Die Unausweichlichkeit der repräsentativen Demokratie	52
1. Der Ständestaat als Alternative?	52
2. Volksvertretung mittels Losverfahren?	53
3. Mehr unmittelbare Demokratie?	54
4. Unmittelbare Wahl in Spitzenämter?	55
V. Wie stabil ist die Parteidemokratie?	56
3. Direkte Demokratie als Alternative oder als Ergänzung? ..	59
I. Demokratie und Zeitgeist	59
II. Legitimation durch Repräsentativität	64
III. Formen unmittelbarer Volksbeteiligung	66
1. „Absolut“ direkte Volksentscheidungen	66
2. Die drei Stufen: Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid	67
3. Sonderform Referendum	68
IV. Gegenstände unmittelbarer Volksbeteiligung	70
V. Volksentscheide auf Bundesebene?	74
VI. Volkswahl der Ministerpräsidenten und des Bundespräsidenten?	76
VII. Kommunale Bürgerbeteiligung	79
VIII. Kooperative Volksbeteiligung, deliberative Demokratie	82

4. Bedingungen funktionierender Demokratie	85
I. Zur Ideen- und Theoriegeschichte	85
II. Eine gute Verfassung	89
III. Gute Demokraten: Ein politisch reifes Volk von aufgeklärten Bürgern	90
IV. Wege zur politischen „Qualifikation“	93
1. Schulen und andere Instanzen der Volksbildung	94
2. Freie gesellschaftliche Kommunikation	95
3. Was heißt „demokratische Gesinnung“?	97
V. Die Bedeutung der politischen Parteien	98
VI. Wirtschaftlicher Wohlstand als Funktionsbedingung von Demokratie?	99
VII. Was, wenn die Voraussetzungen fehlen?	99
5. Öffentlichkeit und öffentliche Meinung heute. Zur Volks- und Staatswillensbildung in der pluralistischen Demokratie	101
I. Ansätze der Begriffsklärung und aktuelles Erkenntnisinteresse	101
1. „Öffentlichkeit“ als Gegenstand wissenschaftlicher Disziplinen	101
2. Öffentlichkeit und öffentliche Meinung als demokratietheoretische Grundbegriffe	102
3. Open Government, Offenheit und Transparenz des Staatshandelns	105
4. „Öffentlich als Rechtsbegriff“ und „Öffentliches Interesse als juristisches Problem“	106
5. Gang der Untersuchung	107
II. Formen politischer Öffentlichkeit	108
1. Ungeregelte Öffentlichkeit als empirisches Phänomen	108
2. Öffentlichkeit als Verfassungsbegriff: Die Staatswillensbildung	109
a) Gesetzgebung	109
b) Kreation der Staatsorgane	110
3. Volkswillensbildung als Vorstufe und Ergänzung	111
a) Ursprüngliche, spontane, wildwüchsige öffentliche Meinung ...	111

b) Volksentscheide und andere Formen verfassungsrechtlich geregelter Teilhabe und Kontrolle	112
c) Ausgeloste Beteiligung als Ausweg aus verfestigten Strukturen?	113
4. Öffentlichkeit der Justiz	114
5. Nichtöffentlichkeit und Öffentlichkeit der Verwaltung	116
a) Öffentliche Verwaltung als Gegenspieler der Öffentlichkeit	116
b) Öffentlichkeitsbeteiligung an der Verwaltung	117
c) Beiräte und Sachverständigengremien	119
d) Kontrolle der Verwaltung durch eine informierte Öffentlichkeit	120
e) Whistleblower und Hinweisgeber als „Öffentlichkeitshelfer“? ..	122
6. Institutionalisierte Öffentlichkeit als zweite Säule der Verwaltung?	125
a) Die besonderen Gremien nach dem Standortauswahlgesetz	125
b) Die Zusammensetzung der neuen Öffentlichkeit	126
c) Insbesondere: Das unabhängige Nationale Begleitgremium	127
d) Bewertung der neuen Strukturen	129
III. Öffentlichkeit in demokratietheoretischer Sicht	131
1. Identität von Öffentlichkeit und „Volk“: Akklamation statt Repräsentation?	131
2. Egalitäre versus elitäre Theorien, Parteienstaatslehre, sozialintegrative versus Wettbewerbsdemokratie	132
3. Die sozialwissenschaftliche Perspektive, insbesondere die Diskurstheorie	133
4. Öffentlichkeit als Handlungsräum und Privatheit als Schutzraum	134
IV. Öffentlichkeit und öffentliche Meinung in der Empirie	136
1. Wer ist „die Öffentlichkeit“?	136
2. Wie entsteht öffentliche Meinung?	139
a) Urheber	140
b) Vermittler	142
c) Produktion, Rezeption, Interaktionen	143
d) Das räsonierende Publikum, die Individuen und die sozialen Netzwerke	144
e) Mitwirkung von Amtsträgern an der Bildung der öffentlichen Meinung	145
3. Reichweite öffentlicher Meinungen: Kommune, Staat, Europa, Welt?	148
4. Vom Rauschen zur Melodie, von der Vielstimmigkeit zur Einheit?	149
a) Gefühlte Mehrheiten	149
b) Meinungsforschung als Quelle der öffentlichen Meinung?	151

5. Zwischenfazit: Einheit oder Pluralität der „öffentlichen Meinung“?	153
V. Die demokratische Qualität des öffentlichen Diskurses	154
1. Die anzulegenden Maßstäbe	154
2. Inhaltliche Tendenzen	156
a) Einseitigkeit der Kritik: „Volk“ gegen „Politik“	157
b) Polarisierung und Kompromisslosigkeit	158
c) Vermachtung und Entpluralisierung	159
d) Manipulierte Öffentlichkeit	160
3. Der tatsächliche Einfluss der Medien	162
4. Interaktionen zwischen Staat und Öffentlichkeit	163
a) Inhaltliche Einbindung der Öffentlichkeit	164
b) Rechtsregeln für das Internet	164
c) Die Expansion der Verwaltungsöffentlichkeit	167
VI. Fazit und Ausblick	169
1. Das Ideal des herrschaftsfreien Diskurses und die Realität der Volks- und Staatswillensbildung	169
2. Die verbleibende Bedeutung von Öffentlichkeit und öffentlicher Meinung für die demokratische Verfassung	170
3. Gegenöffentlichkeit?	172
4. „Demokratisierung der Gesellschaft“?	173
5. Chancen und Risiken – eine Zwischenbilanz	174
6. Die Krise der Medien und das Dilemma der Medienkritik. Wie können Zeitungen und Rundfunk ihre demokratische Funktion besser erfüllen?	179
I. Die „Krise der Medien“	180
1. Ingo von Münchs Streitschrift	180
2. Journalistische Tendenzen und Moden, Ignoranz und Skandalisierung	181
3. Konformismus, Klischees – und Satire	185
II. Die Ansätze der Medienkritik	188
1. Von der Stilkritik zu den gesellschaftlichen Ursachen der Fehlentwicklungen	188
2. Medien als Spiegel der gespaltenen Gesellschaft	189
3. Die Mitverantwortung von Politik und Wissenschaft	191
4. Maßstäbe medialer Kritik	193
5. Journalistenausbildung	195
III. Aufklärung und Gelassenheit	196

7. „Gerechtigkeit“ gegen Funktionalität? Die Wahlrechtsordnung, die Wahlsysteme und der Streit um das beste Wahlrecht	199
I. Das geltende Wahlrecht	199
1. Wahlrechtsgrundsätze	200
2. Wahlsysteme	201
3. Sperrklauseln	204
4. Überhangmandate und negatives Stimmgewicht	207
5. Der emotionale Hintergrund der Wahlrechtskontroversen ..	209
6. Losen statt wählen?	211
II. Der Streit um das beste Wahlrecht	214
1. Die Systementscheidung	214
2. Ausweitung des aktiven Wahlrechts?	217
3. Steigerung der Wahlbeteiligung durch Erleichterung des Wahlgangs?	218
8. Erfolgswertgleichheit – eine Fehlkonstruktion im deutschen Wahlrecht	221
I. Die aktuelle Diskussion	221
II. Die grundsätzliche Kritik	222
1. Formale statt materieller Betrachtungsweise?	222
2. Die Funktion von Wahlen	223
III. Zulässige Differenzierungen	224
IV. Chancengleichheit ist keine Erfolgsgarantie	226
1. Zum Begriff der „rechtlichen Erfolgschance“	226
2. Das „Wahlsystem“: Regeln über die Mandatsverteilung ..	227
3. Das Spezialproblem der Überhangmandate	228
V. Ersatzstimme als vermittelnde Lösung?	229
VI. Konsequenzen	230
9. Bürgernähe und Parteienkalkül. Berliner Verwaltungspolitik – vor und nach dem Wahlkampf	233
I. Notwendigkeit einer zweistufigen Verwaltung	234
II. „Neujustierung“ der Berliner Verwaltung?	236
1. „Alles auf einer Ebene entscheiden“?	236

a) Verfassungsrechtliche und gesetzliche Vorgaben	236
b) Vergleich mit Hamburg	239
c) Änderungsansätze?	240
2. Weniger Aufsicht des Senats über die Bezirke?	242
3. Änderungsmöglichkeiten?	244
III. Die innere Organisation der Bezirke	245
1. Parlamentarisches Regierungssystem auf kommunaler Ebene	245
2. Der Parteienproporz und das „politische Bezirksamt“	246
a) Die unklare Rechtslage und die Motive des Reformvorschlags ..	246
b) Vergleich mit Hamburg	248
3. Die Stellung der Bezirksverordnetenversammlung	248
4. Bezirkliche Bürgerentscheide erleichtern?	249
IV. Vom Rat der Bürgermeister zum „Rat der Bezirksamter“?	249
V. Nach dem Wahlkampf: Finanzen, Personal und Informationstechnik	250
VI. Fazit	251

Zweiter Teil: Staatsziele und Grundrechte

10. Daseinsvorsorge im Wandel der Staatsformen	257
I. Was heißt eigentlich „Daseinsvorsorge“?	257
1. Ein „metaphysischer“ Staatszweck?	257
2. Erste Orientierung: Forsthoffs Begriff von „Daseinsvorsorge“	258
3. Die verschiedenen Ebenen der Begriffsverwendung	261
II. Der soziale Staat	262
1. Lorenz von Steins Staatsverständnis	262
2. Liberalismus und Antiliberalismus	264
3. Das Sozialstaatsverständnis der Nachkriegszeit	264
4. Der gewährleistende Wirtschafts- und Sozialstaat als neue europäische Staatsform	265
III. Die Entwicklung der Daseinsvorsorge vor dem Hintergrund dieser Wandlungen des Staates	266
1. Soziale Vorsorge	267
2. Wirtschaftliche Vorsorge, Infrastrukturschaffung	267
3. Kulturelle Vorsorge	269

IV. Gegenwart und Zukunft des europäischen Wirtschafts- und Sozialstaates	269
1. Die aktuelle Kritik am Konzept der öffentlichen Daseinsvorsorge	269
2. Die Angst vor der Europäischen Union	272
3. Ausblick	274
11. Steuerpflicht, Sozialstaat und Freiheit des Individuums ..	277
I. Steuerprotest in Vergangenheit und Gegenwart	277
II. Steuerpflicht als Voraussetzung moderner Staatlichkeit	279
III. Historische Theorien zur Rechtfertigung der Steuern	281
1. Überblick	281
2. Gustav Schmoller und Lorenz von Stein	282
3. Steuern als Gegenleistung wofür?	284
IV. Der staatliche „Hintergrund“ des individuellen Wirtschaftens	286
1. Infrastruktur im engeren Sinne	286
2. Verkehrsinfrastruktur	286
3. Soziale Infrastruktur	287
4. Rechtliche Infrastruktur	288
5. Innere und äußere Sicherheit	288
6. Bildung und Kultur	289
7. Unmittelbare Wirtschaftssubventionen	289
V. Aktuelle Kritik: Steuern als „Raub“ oder „Umverteilung“? ...	289
VI. Konsequenzen für das Maß der Besteuerung	291
VII. Wie frei ist das Individuum im steuerfinanzierten Sozialstaat? 293	
1. Die steuerrechtliche Offenbarungspflicht	294
2. Freiheit des Individuums von staatlicher Bedrückung	294
3. Freiheit zu selbstbestimmtem Handeln	295
12. Erworbenes, Erbtes und Verdientes. Zum Eigentumsbegriff in Staatstheorie und Verfassungsrecht	299
I. Helmut Rittstiegs Denkansatz – neu betrachtet	299
II. Staatstheoretische Grundfragen	300
III. Die Begründungslücke in heutiger Sicht	307
IV. Eigentum als Produkt rechtlicher Regelung	309

1. Die „eigene Leistung“ und der Anteil der Allgemeinheit	311
2. Der Schutz des „investierten Vertrauens“	315
3. Weitere Rechtsbegründung durch staatliche Zuweisung	316
4. Die Bedeutung von Privatnützigkeit und Verfügungs- befugnis	319
5. Marktwert	320
6. Das Erbrecht	321
V. Konsequenzen dieser Sichtweise	323
VI. Fazit	327
13. „Freiheit der Arbeit“ als Unterdrückung der Koalitionsfreiheit. Die loi Le Chapelier von 1791 und ihre Folgen	329
I. Politische Krise und staatstheoretische Argumentation	329
II. Entstehung und Inhalt des Koalitionsverbots	330
1. Die Befreiung von alten Bindungen	330
2. Die neue Freiheit als Verbot gemeinschaftlichen Handelns .	331
3. Die Widersprüchlichkeit des Verbotsgegesetzes	332
4. Die umfassende Absicherung des Vereinigungsverbots	334
III. Das Umfeld des Koalitionsverbots	335
IV. Das Aufkommen der Koalitionsfreiheit	337
V. Historische und staatstheoretische Bewertung	338
1. Notwendiges Durchgangsstadium oder bürgerlicher Staatsstreich?	338
2. Die staatstheoretische Problematik der intermediären Gewalten	340
14. Digitale Grundrechte für Europa. Eine rechtspolitische Initiative zur Einhegung des Internets: symbolische Politik oder effektive Rechtsetzung?	345
I. Der Appell der Bürgerinitiative	345
II. Der gesellschaftliche, politische und rechtliche Rahmen der Initiative	346
1. Die Risikobeschreibung des Entwurfs	346
2. Welche Instrumente für welche Schutzziele?	348
III. Die wesentlichen Inhalte der Vorschläge	349

1. Freiheitsrechte	349
2. Gleichberechtigte Teilhabe	350
3. „Informationelle Selbstbestimmung“/Datenschutz	350
4. Internetspezifische Rechte bzw. Prinzipien	351
5. Allgemeine, nicht internetspezifische Aussagen	353
IV. Funktionen der vorgeschlagenen Rechtsnormen	353
V. Kritische Punkte	354
1. Auslegungs-, Abwägungs- und Anwendungsprobleme	354
a) Die unbestimmten Großformeln	354
b) „Digitale Identität“ und „Vergessenwerden“	355
c) Dateien der Sicherheitsbehörden	356
d) Verbot der Profilbildung	357
e) „Teilhabe in der digitalen Sphäre“	357
f) Organisationsklarheit, Transparenz und Beteiligung	358
2. Ansprüche gegen Private	359
3. Die zentrale politische Frage: Staatsaufgabe Internet?	360
4. Die Arbeitswelt der Zukunft	362
VI. Ausblick	362
15. Über die rechtliche Einbindung der Technik.	
Juristische Antworten auf Fragen der	
Technikentwicklung	365
I. Die Angst vor den Maschinen	365
II. Was heißt „Technik“ und welche Gefahren bringt	
sie mit sich?	367
1. Das Grundverhältnis von Technik und Recht	367
2. Die abzuwehrenden Gefahren	368
3. Die Ermöglichungsfunktion des Rechts	371
III. Verantwortlichkeit als Voraussetzung rechtlicher Regelung ..	372
1. Das Prinzip der Verantwortlichkeit der Handelnden	372
2. Maschinen als Instrumente oder Rechtssubjekte	374
3. Die Personifizierung der Algorithmen	375
4. Was „wissen“ Computer?	377
IV. Verfassungsrechtliche Ansätze der Technikkritik	378
1. Die Menschenwürde angesichts der technischen	
„Unterwerfung“ des Menschen	378
a) Die Fragestellung	378
b) Zur Bedeutung des Art. 1 Abs. 1 GG für die Entwicklung	
der Technik	379
c) Das vergessene Verbot der rein automatischen Entscheidungen ..	382

2.	Freiheitsrechte der Techniknutzer	383
3.	Rechtsstaatlichkeit durch oder trotz Automatisierung des Rechts?	384
	a) Rechtsanwendung durch Maschinen	385
	b) Verwaltung als Massenaufgabe	387
	c) Der politische Hintergrund der „E-Government“-Bewegung ..	387
	d) Urteilsautomaten statt Gerichtsöffentlichkeit?	389
V.	Regelungsstrukturen und rechtspraktische Ansätze	390
1.	Das geltende Recht der Technik	390
2.	Regelungsziele im Einzelnen	391
3.	Regelungsinstrumente: Materielle Begrenzungen und Verfahrensregeln	394
	a) Technikverbote?	394
	b) Regulierungen	396
	c) Allgemeine Verfahrensregeln	397
	d) Durchsetzung der Schutzrechte	398
	e) Indirekte Beeinflussung der Technikentwicklung	398
4.	Die Vertragsfreiheit und ihre Grenzen	399
	a) Verbraucherschutz insbesondere im Versicherungsrecht und beim Onlinehandel	400
	b) Die Selbstbestimmung der Betroffenen im Datenschutzrecht ..	402
5.	Individualrechte und Rechte der Allgemeinheit	402
VI.	Die technikkritischen Aufgaben der Politik	403
1.	Politische Handlungspflichten	403
2.	Notfall-Sicherungspflichten	406
3.	Neuerfindung des Rechts? Anpassung der Verfassung?	407
VII.	Was Recht und Politik nicht bewältigen können	409
1.	Die unklaren Vorstellungen von den künftigen Lebensumständen	409
2.	Technisches gegen juristisches Denken?	410
3.	Was wird die Zukunft bringen?	411
16.	Freiheit und Sicherheit angesichts terroristischer Bedrohung. Bemerkungen zur rechtspolitischen Diskussion	413
I.	Fakten und Wertungen, Prognosen und Kritik	413
II.	Die sicherheitsrechtliche Normenflut und ihre Bedeutung	415
III.	„Erosion“ des rechtsstaatlichen Polizeirechts und Entwicklung zum „Präventionsstaat“?	416

IV.	Die Bundesrepublik – ein Überwachungsstaat?	418
1.	Das liberale Modell des Grundgesetzes	418
2.	Die tatsächliche Situation	420
V.	Die Sicherheitsbehörden zwischen Selbstüberschätzung und Selbstmitleid	423
VI.	Das Terrorismusbekämpfungsgesetz 2002	425
1.	Die heikelsten Punkte	425
2.	Überfrachtung und handwerkliche Mängel	427
3.	Zum Beispiel: „Bestrebungen“ gegen die Völker-verständigung und die Menschenwürde	428
4.	Terrorismusbekämpfung in anderen Staaten	428
VII.	Schlussbemerkung	429
17.	Die schwierige Diskussion zwischen Sicherheitsbehörden, Bürgerrechtler und Bundesverfassungsgericht	431
I.	Die subjektiven Sichtweisen	432
1.	Sprachliche Differenzen	432
2.	Vorstellungen von der Arbeitsweise und den Absichten der Sicherheitsbehörden	434
II.	Objektive Gegensätze	436
1.	Schwierigkeiten der polizeilichen Arbeit	436
2.	Schwierigkeiten der Aufklärung und Werbung	437
3.	Versäumnisse der Politik	438
III.	Wegweisendes und Irritierendes in Literatur und Rechtsprechung	440
IV.	Verantwortung aller Beteiligten	444
18.	Verfassungsschutz und/oder polizeilicher Staatsschutz? Warum wir ein Bundesinstitut für Verfassungsschutz brauchen	447
I.	Einleitung	447
II.	Der Begriff „Verfassungsschutz“	448
III.	Konsequenzen für die Aufgabenbestimmung der Sicherheitsbehörden	449
IV.	Überführung in ein Bundesinstitut für Verfassungsschutz	452

V.	Keine Vergeheimdienstlichung der Polizei	454
VI.	Die Bedeutung der neuen Strafrechtsvorschriften gegen die Vorbereitung schwerer staatsgefährdender Gewalttaten	454
VII.	Was wird aus den anderen Befugnissen des Verfassungsschutzes?	456
VIII.	Ausblick	457
	Nachweise der Erstveröffentlichungen	459